

## Ab nach Bulgarien!

Steuergerechtigkeits-Initiative: Unternehmer drohen mit Wegzug.

Liftbauer Alfred N. Schindler ist einer, der mit dem Wegzug droht. Bei einem Ja zur SP-Initiative würde er zu 70% besteuert. Sagt er. Alles falsch!

Die Steuergerechtigkeitsinitiative der SP hat gute Chancen, angenommen zu werden. Trotz der millionenschweren Kampagne von Bürgerlichen und dem Wirtschaftsdachverband Economiesuisse. Kommunikationsspezialistin Ursula Klein schätzt: „Die Kampagne gegen die SP-Steuerinitiative kostet etwa 4 Millionen Franken.“ Die Herausgeberin des Internetdienstes „Klein Report“ hält es für durchaus möglich, dass „von den Wirtschaftsverbänden und von Einzelpersonen in der Schlussphase noch eins draufgegeben wird“.

Schon jetzt haben die Bürgerlichen das letzte Aufgebot mobilisiert. In einer konzertierten Aktion drohten Unternehmer in der Sonntagspresse mit der Auswanderung. Dies für den Fall, dass die Initiative angenommen werden sollte. Organisiert hatte das Ganze die „Interessengemeinschaft Schweizer Unternehmer gegen wirtschaftsfeindliche Initiativen“ von Thomas Matter. Der SVP-nahe Mittvierziger und Blocher-Freund geriet in die Schlagzeilen mit dem Crash seiner Privatbank Swissfirst.

Den Reigen der Auswanderungsdrohungen eröffnet hat schon am Samstag in der „Neuen Luzerner Zeitung“ Alfred Niklaus Schindler. Der 62jährige ist Hauptaktionär, Verwaltungsratspräsident und CEO des Schindler-Konzerns. Dieser stellt in Ebikon LU und weltweit mit 43'000 Beschäftigten Aufzüge her. Patron Schindler hatte gemäss Geschäftsbericht 2009 einen Jahreslohn von 6,5 Millionen Franken. Dazu kam eine weitere Million in Aktien und Optionen.

In der Sonntagspresse jammerte Schindler nun, die Dividende auf seinen Aktien (2007: 48 Millionen) würde zu 70 Prozent besteuert, wenn die Initiative angenommen würde. Kann das wirklich stimmen? Der „Blick“ hat nachgerechnet und herausgefunden: Stimmt nicht. Schindlers Dividende würde zu nicht einmal 50 Prozent besteuert.

Die Luzerner Juso hatten eine gute Idee: Sie brachten Schindler ein symbolisches Billett nach Bulgarien. Einfach, zweiter Klasse. Denn nur dort müsse er weniger Steuern zahlen als in der Schweiz. Auch nach Annahme der Steuergerechtigkeitsinitiative.

Für Kommunikationsspezialistin Klein sind die Auswanderungsdrohungen Ausdruck „reiner Panik“. Wenn „Oberkapitalisten wie Thomas Schmidheiny oder der Rohstoffhändler Marc Rich – der als grösster Steuerbetrüger in der Geschichte der USA gilt – als Kronzeugen aufgeboten“ würden, „geht der kommunikative Schuss geradewegs hinten raus“.

Zumal die Argumente der Steuergerechtigkeitsgegner auch nicht wahrer werden, wenn sie sie gebetsmühlenartig wiederholen. Die Gegner behaupten:

Die Initiative nehme den Kantonen die Steuerautonomie. Das ist Blödsinn. Die Initiative verbietet nur degressive Steuermodelle und schreibt einen Mindeststeuersatz für steuerbare Einkommen über 250'000 und Vermögen über 2 Millionen Franken vor. Einen Satz, den zahlreiche Kantone bereits einhalten oder überschreiten. Im übrigen sind die Kantone weiter hin frei in der Ausgestaltung ihres Steuersystems. „Die Initiative ist kein Fahrverbot, sondern eine Geschwindigkeitslimite“, sagt der Wirtschaftsjournalist Philipp Löpfe.

Die Initiative belaste den Mittelstand zusätzlich. Das stimmt nicht. Beispiele wie der Kanton Basel-Stadt zeigen, dass auch mit den von der Initiative vorgeschriebenen Steuersätzen für Reiche die Steuerbelastung für den Mittelstand tief gehalten werden kann.

Die Initiative gefährde den Standort Schweiz und damit Arbeitsplätze. Unsinn. Auch nach Annahme der Initiative wird die Schweiz im europäischen Steuerwettbewerb nur die Konkurrenz von Ländern wie Rumänien, Serbien und Bulgarien fürchten müssen. Selbst der stramm neoliberale ehemalige Wirtschaftsprofessor Walter Wittmann sagt Ja zur Initiative: „In vielen Gemeinden sind die Steuern schon heute so hoch, und die Wirtschaft funktioniert trotzdem.“

Fazit: Die Initiative ist nichts als „eine Massnahme, um die krassesten Steuermisbräuche an der Spitze der Reichtumspyramide zu bekämpfen“. Das sagt die Berner SP-Nationalrätin Margret Kiener-Nellen, eine der „Mütter“ der Initiative. 99 Prozent der Steuerzahlenden könnten profitieren. Denn „mit den Mehreinnahmen könnten alle um rund 150 Franken entlastet werden“, sagt SGB-Chefökonom Daniel Lampart.

Was von der Drohung der Wirtschaftsbosse mit Auswanderung zu halten ist, zeigt die Auseinandersetzung um die Pauschalsteuer im Kanton Zürich. wurde die Pauschalbesteuerung im Februar 2009 abgeschafft. Einer der Wortführer gegen die Abschaffung war der deutsche Milch-Milliardär Theo Müller. Er drohte mit dem Umzug in den Kanton Schwyz. Müller residiert noch heute in Erlenbach ZH.

Matthias Preisser. Work. Freitag, 19.11.2010. Standort: Sozialarchiv.